

1 „Blaulichtgruppen“ im Ehrenamt

2 3 **Bestmögliche Rahmenbedingungen für unsere** 4 **Retter und Helfer**

5
6
7 Das Bürgerschaftliche Engagement leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen der Gesellschaft und fördert den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Egal, ob im Katastrophenschutz, im Rettungsdienst, in der Freiwilligen Feuerwehr oder in sonstigen Helferdiensten und Hilfsorganisationen – **ohne das Ehrenamt würde die bayerische Gesellschaft schlichtweg nicht funktionieren.** Ehrenamtliche stellen die Basis für die Arbeit aller großen Hilfsorganisationen in Bayern. Die Freiwilligen Feuerwehren als wichtigste Stütze der aktiven Gefahrenabwehr in Deutschland verfügen neben einigen wenigen hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern größtenteils über ehrenamtliche Mitglieder. Ebenso gewährleisten überwiegend ehrenamtliche Kräfte den Katastrophenschutz des Freistaats.

17
18 Wir FREIEN WÄHLER haben uns deshalb bereits in der Vergangenheit verstärkt für die Anerkennung und Würdigung engagierter Bürgerinnen und Bürger, gerade auch im „Blaulicht-Bereich“, eingesetzt. **Unser Ziel ist es, bestmögliche Rahmenbedingungen für eine aktive Bürgergesellschaft in Bayern zu schaffen.** Vor allem diejenigen, welche in unterschiedlichen Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen oder im Katastrophenschutz ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen, sind hohen körperlichen und emotionalen Anforderungen und Belastungen im Rahmen der Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsintensität ausgesetzt. Dieses freiwillige und dem Gemeinwohl zugutekommende Engagement müssen wir in besonderem Maße wertschätzen. Im Gegensatz zum hoheitlichen Handeln der Verwaltung oder des Staates nehmen hier die Bürgerinnen und Bürger etwas selbst in die Hand. **Deshalb ist es nicht ausreichend, ehrenamtliche Tätigkeiten ausschließlich in höchsten Tönen zu loben. Vielmehr ist es dringend geboten, diese auch durch fortlaufende flankierende Maßnahmen zu fördern.**

32 33 34 **1. Bürokratische Hürden abbauen**

35
36 **Um die Anerkennungskultur zu stärken, müssen vor allem bürokratische Hürden abgebaut werden.** So haben wir uns im Rahmen der Novellierung des Berufsbildungsmodernisierungsgesetzes (BBiG) auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass das

39 Prüfehrentamt entlastet wird. Da es nicht immer zwingend notwendig ist, dass alle Prü-
40 fungsleistungen durch drei Prüfer/-innen abgenommen werden, können Prüfungsteil-
41 leistungen nun auf lediglich zwei Prüfende delegiert werden.

42 Die Einsätze von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Rettungskräften bzw. Helfer-
43 diensten gilt es zudem bestmöglich abzustimmen und nicht durch organisatorische o-
44 der rechtliche Regelungen einzuschränken. **Wir FREIEN WÄHLER machen uns da-
45 für stark, dass ehrenamtliches Engagement trotz zunehmender Reglementie-
46 rung weiterhin für uneigennützigste Bürgerinnen und Bürger attraktiv bleibt.**

47
48

49 **2. Anreize im öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen schaffen**

50

51 Der persönliche Aufruf der Bayerischen Ehrenamtsbeauftragten Eva Gottstein im April
52 2019, den Übungsleiterfreibetrags endlich um 600 Euro auf jährlich 3000 Euro sowie
53 der Ehrenamtspauschale um 120 Euro auf 840 Euro zu erhöhen, war bereits ein gutes
54 und wichtiges Signal für unsere breite ehrenamtliche Basis. **Wir treten dafür ein, dass
55 darüber hinaus weitere Anreize im öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen geprüft
56 werden, sei es in Bezug auf potenzielle Steuerfreibeträge oder die Anrechnung
57 ehrenamtlicher Tätigkeiten im Rahmen der Altersversorgung.**

58

59

60 **3. Ehrenamt vor Ort noch besser unterstützen**

61

62 **Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Sensibilisierung für ehren-
63 amtliches Engagement verstärkt wird und rückläufigen Zahlen entgegengewirkt
64 wird.** Der mannigfaltige ehrenamtliche Einsatz, den tagtäglich Millionen von Bürgerin-
65 nen und Bürgern in Bayern erbringen, ist Voraussetzung für ein solidarisches, soziales
66 und verantwortungsbewusstes Miteinander. Leider sind immer weniger Menschen be-
67 reit, langfristig ein Ehrenamt zu übernehmen. Dies führt dazu, dass im Freistaat viele
68 essenzielle Stellen, beispielsweise im Katastrophenschutz und bei den Rettungsdien-
69 sten, unbesetzt bleiben. Eine langfristige Bindung ist jedoch oftmals eine notwendige
70 Voraussetzung. Denn nur mit Hilfe einer fundierten Ausbildung sind zum Beispiel die
71 Helferinnen und Helfer der Bergwacht in der Lage, verunglückten Menschen wirkungs-
72 voll zu helfen. Hierzu durchlaufen die Bergwachtler/-innen am Anfang ihrer Mitglied-
73 schaft eine rund zweijährige Ausbildungsphase. Neben dem Faktor Zeit schreckt viele
74 Menschen die Tatsache ab, dass sie sich für den Zeitaufwand, den das Ehrenamt mit
75 sich bringt, zunehmend rechtfertigen müssen. Hinzu kommt der ohnehin bereits be-
76 stehende berufliche und/oder private Druck, dem engagierte Bürgerinnen und Bürger
77 bereits ausgesetzt sind.

78

79 Die Auswirkungen sind bereits deutlich zu spüren. So ist beim Technischen Hilfswerk
80 (THW) nach Angabe des Landesverbandes die Zahl der Ehrenamtlichen in Bayern seit

81 2008 von 15.900 auf 14.400 gesunken, wodurch wichtige Schlüsselfunktionen nicht
82 nachbesetzt werden können. Die Freiwilligen Feuerwehren in Bayern mussten in den
83 vergangenen zehn Jahren einen Rückgang von rund 7.000 aktiven Ehrenamtlichen
84 kompensieren. Einen ähnlichen Trend bestätigt auch das Bayerische Rote Kreuz
85 (BRK). Um dem entgegenzuwirken, soll nun im Tätigkeitsbereich des BRK in jedem
86 Kreisverband eine sogenannte „Servicestelle Ehrenamt“ eingerichtet werden. Interes-
87 sierte Bürgerinnen und Bürger können sich dort an die hauptamtlichen Mitarbeiterin-
88 nen und Mitarbeiter wenden, wenn sie sich über ehrenamtliche Tätigkeiten informieren
89 möchten. **Derartige Infostellen befürworten wir FREIEN WÄHLER auch für weitere**
90 **„Blaulichtgruppen“**, wie sie beispielsweise bereits bei der Freiwilligen Feuerwehr mit
91 der Stelle des Kreisbrandrates besteht.

92

93

94 Eine ausdrückliche und nachhaltige öffentliche Anerkennung ist die stärkste Motivation
95 für unsere Ehrenamtler. Aber auch die materielle Unterstützung unserer Ehrenamtli-
96 chen spielt eine wichtige Rolle. **Auch wenn die staatliche Förderung in Bayern be-**
97 **reits jetzt schon recht gut ist, sind wir FREIEN WÄHLER der Ansicht, dass spe-**
98 **ziell Zuschüsse einen starken Anreiz für ein ehrenamtliches Engagement geben**
99 **könnten.**

100

101

102 4. Mehr Vergünstigungen im Alltag

103

104 **Wir FREIEN WÄHLER möchten insbesondere für die sogenannten „Blaulicht-**
105 **gruppen“ noch mehr Menschen für das bürgerschaftliche Engagement gewin-**
106 **nen und den Zusammenhalt der bayerischen Gesellschaft stärken.** Die Einfüh-
107 rung der Bayerischen Ehrenamtskarte als Zeichen der Anerkennung für besonderes
108 bürgerschaftliches Engagement bietet bereits eine Vielzahl an Vergünstigungen. Eh-
109 renamt findet größtenteils vor Ort statt – in der Gemeinde, der Stadt oder in dem Land-
110 kreis, in dem die Ehrenamtlichen wohnen. Die individuelle Handhabung der Ehren-
111 amtskarte regelt die jeweilige Kommune. Jedes Bürgerschaftliche Engagement leistet
112 aber auch einen Beitrag zum Gemeinwohl, der über die jeweilige Gemeinde-, Stadt-
113 oder Kreisgrenze hinauswirkt und letztlich dem gesamten Freistaat zugutekommt. In
114 Bezug auf die zunehmenden Mobilitätsanforderungen und die wachsende Kluft zwi-
115 schen dem ländlichen und urbanen Raum spielt für uns der Ausbau und die Nutzung
116 des ÖPNV eine entscheidende Rolle. **Deshalb wollen wir, dass geprüft wird, inwie-**
117 **fern Ehrenamtlichen von „Blaulichtgruppen“, analog den Uniformträgern von**
118 **Polizei und Bundeswehr, die kostenfreie Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden**
119 **kann.**

120

121

122

123 **5. Ehrenamt aktiv im Ruhestand**

124
125 Der demografische Wandel stellt auch ehrenamtliche Hilfsorganisationen vor neue
126 Herausforderungen: Der dringend notwendige Nachwuchs fehlt bereits jetzt an vielen
127 Stellen und die Konkurrenz um die Jugend steigt. Gleichzeitig sind aber auch immer
128 mehr ältere Menschen noch im Ruhestand aktiv und sind bereit, Aufgaben zu über-
129 nehmen. Die entsprechenden Helferdienste bieten hier einer stetig wachsenden Be-
130 völkerungsgruppe zahlreiche Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen und ihre Erfahrun-
131 gen in der Arbeit mit dem Nachwuchs effizient einzusetzen. **Vor diesem Hintergrund**
132 **erscheint es sinnvoll, wenn ältere Menschen gezielt durch die Blaulichtgruppen**
133 **angesprochen werden. Hierfür würden sich zum Beispiel sogenannte „Schnup-**
134 **perstage“ anbieten.**

135

136

137 **Unsere Ziele:**

138

139

140 • **Abbau bestehender bürokratischer Hürden**

141 • **Schaffung neuer Anreize im öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen, z.B. in**
142 **Bezug auf potenzielle Steuerfreibeträge oder die Anrechnung ehrenamtli-**

143 • **Bessere Unterstützung des Ehrenamts vor Ort, um den rückläufigen Zah-**
144 **len entgegen zu wirken**

145 • **Stärkere Vernetzung von Haupt- und Ehrenamt und Nutzung der Potenzi-**
146 **ale der Digitalisierung**

147 • **Mehr Vergünstigungen im Alltag**

148 • **Einbindung sämtlicher Altersstufen für ein generationenübergreifendes**
149 **Ehrenamt**

Wackersdorfer Beschluss

Bekenntnis zur dezentralen Energiewende: regenerativ, versorgungssicher, sozial und bürgernah

Für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist die Entscheidung zur Abschaltung der Kernkraftwerke ein klares Signal für eine sozialverträgliche und ökologische Energiewende. Der Atomausstieg ist für uns vor allem ein Aufruf dazu, den Ausbau der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen voran zu bringen. Der gesetzlich verankerte Ausstieg aus der Kernkraft setzt Anreize, um intensiver an Möglichkeiten zum Energiesparen, höherer Energieeffizienz, erneuerbaren Energietechnologien, besseren Speichermöglichkeiten und an der Sektorenkopplung zu forschen. Er ist Antrieb dazu, die wechselhafte erneuerbare Energieerzeugung und die dazu erforderlichen Speicher- und Brückentechnologien zunehmend besser in den Markt und in das Energiesystem zu integrieren, um unseren hohen Grad an Versorgungssicherheit zu erhalten und auszubauen. **Wir kurbeln die Energiewende und den Ausbau der Erneuerbaren in unserem „Bayerischen Aktionsprogramm Energie“ mit mehr als 70 Einzelmaßnahmen neu an.** Wir investieren in die Kraft-Wärme-Kopplung, die Digitalisierung der Stromversorgung und die Wasserstoffwirtschaft, in eine „Bayerische Landesagentur für Energie- und Klimaschutz“ und in den Ausbau aller Erneuerbaren Energien von Solarthermie und Photovoltaik über Wasserkraft und Geothermie bis hin zu Bio- und Windenergie. Das Umwelt-Bundesamt stellt in seinen Subventionsberichten regelmäßig fest, dass die Kernenergie für die Anlagenbetreiber erst durch eine Reihe direkter und indirekter Subventionen betriebswirtschaftlich rentabel wird. Je länger die Kernkraftwerke unter diesen Voraussetzungen am Netz bleiben, desto schwieriger wird es für neue Anbieter und Technologien, in den Wettbewerb einzusteigen.

1. Breiter gesellschaftlicher Konsens für den Atomausstieg

Der Ausstieg aus der Kernkraft ist von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen. Der „Innovationspark Wackersdorf“, in dem wir diesen Beschluss fassen, ist ein frühes Symbol für diese breite Einigkeit bei Bürgerinnen und Bürgern. Denn der Bau einer Anlage für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen war nicht nur in der bayerischen Oberpfalz nicht durchsetzbar. Auch in Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen scheiterte dieses Projekt. Heute sind es die ungelösten Fragen zur

40 Endlagerung, zu den volkswirtschaftlichen und gesellschaftliche Kosten für die Si-
41 cherheit des Atomstroms und den sicheren Rückbau der Kraftwerke, die ein großes
42 Spektrum der Bevölkerung hinter dem gemeinsamen Ziel des Atomausstiegs vereint.
43 **Diesen Konsens tragen auch wir FREIEN WÄHLER mit. Wir wollen mehr klima-**
44 **freundliche, sichere, verlässliche und saubere erneuerbare Energien dezentral**
45 **in der Heimat für die Heimat produzieren.**

46
47

48 **2. Große Mehrheit für besseren Klimaschutz und Kohleausstieg**

49

50 Ein weiterer gesellschaftlicher Konsens ist, dass wir unsere Anstrengungen beim
51 Klimaschutz verstärken müssen. Auch wir FREIEN WÄHLER bekennen uns aus-
52 drücklich zum Klimaschutz. Mit unserem Klimaschutzgesetz und dem Maßnahmen-
53 paket nehmen wir zusätzlich zum Bayerischen Aktionsprogramm Energie eine Milli-
54 arde Euro in die Hand, um den Klimaschutz kraftvoll voranzubringen. **Klimaschutz**
55 **ist für uns Zukunftsschutz.** Das ist ein starkes Signal, mit dem wir unser klares Ziel
56 untermauern: **Spätestens 2050 soll Bayern klimaneutral sein.** Wir begrüßen daher
57 auch die Empfehlungen der „Kohlekommission“ zum Ausstieg aus der Kohleverstro-
58 mung, die Eckpunkte des Bundeskabinetts zu deren Umsetzung und das Struktur-
59 stärkungsgesetz Kohleregionen. **Der Kohleausstieg ist ein zentrales Element, um**
60 **die CO₂-Emissionen der Energieversorgung in Deutschland zu verringern und**
61 **die international vereinbarten Klimaziele überhaupt erreichen zu können.** Au-
62 ßerdem tragen Kohlekraftwerke zur Hintergrundbelastung mit Luftschadstoffen bei
63 und der großräumige Braunkohletagebau verunstaltet Landschaften und Lebens-
64 räume.

65

66

67 **3. Starke Kommunen und bürgerliche Teilhabe schaffen Akzeptanz**

68

69 Gesellschaftlicher Konsens und breite Akzeptanz sind das Fundament für erfolgrei-
70 che Veränderungsprozesse. Das gilt ausdrücklich auch für die Energiewende. Wir
71 wollen deshalb gesellschaftliche Teilhabe und mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen.
72 Entsprechende Modelle und Unterstützungsangebote für unsere Kommunen entwi-
73 ckeln wir mit unserer neuen Landesagentur für Energie und Klimaschutz. Der Aus-
74 bau der erneuerbaren Energieanlagen und die Energiewende gelingen nur, wenn wir
75 mit unseren Lösungen die Akzeptanz von Bürgern, Kommunen und Wirtschaft errin-
76 gen. **Wir wollen eine Energiewende, bei denen Bürger und Kommunen als Ge-**
77 **winner hervorgehen, nicht als Benachteiligte.** Unsere Unternehmen – von hand-
78 werklichen Familienbetrieben bis hin zur stromintensiven Industrie – müssen in Bay-
79 ern leben können.

80

81

82 **4. Ökonomie, Ökologie und soziale Verantwortung gehen Hand in Hand**

83
84 **Wirtschaftlicher Erfolg, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Verträglichkeit**
85 **gehören für uns FREIE WÄHLER zusammen.** Sie sind keine Gegensätze, sondern
86 jeweils Voraussetzung für einander. Für uns kann es kein modernes Wirtschafts-
87 wachstum geben, wenn nicht die ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigt wird und
88 daraus Verdienstmöglichkeiten für die Menschen in Bayern resultieren. Umgekehrt
89 sind wir auch der Überzeugung, dass es keine Erfolge bei Klimaschutz und Energie-
90 wende geben wird, wenn sich die Menschen nichts mehr leisten können und Arbeits-
91 plätze und Wirtschaftskraft verloren gehen. Soziale Unzufriedenheit kann die best-
92 gemeinten Klimaschutzprojekte gefährden, Extremisten Tür und Tor für populistische
93 Falschdarstellungen öffnen und zu einer wirtschaftlichen Abschottung führen, die
94 Wohlstand und Frieden gefährden. **Mit der Hightech Agenda investieren wir des-**
95 **wegen zwei Milliarden Euro in die Technologieführerschaft des Freistaats, um**
96 **möglichst viel Wertschöpfung „daheim in Bayern“ zu erzielen.** Dabei fördern wir
97 auch neue und für Energiewende und Klimaschutz relevante Technologien.
98
99

100 **5. Politisches Großkonzept mit orangem Faden: Bayern bleibt auch in Zu-**
101 **kunft lebenswert, naturgeprägt und wirtschaftlich stark**

102
103 Mit dem Dreiklang aus Hightech Agenda, Bayerischem Aktionsprogramm Energie
104 und dem Maßnahmenpaket zum Klimaschutzgesetz haben wir FREIEN WÄHLER
105 einen schlagkräftigen Instrumentenkasten zusammengesetzt, in dem vielfältige Mittel
106 ineinandergreifen. **Wir wollen die bayerische Lebensqualität und unsere Umwelt**
107 **für künftige Generationen erhalten.** Mit uns bleibt Bayern ein lebenswertes und
108 wirtschaftlich starkes Land, mit großen Ballungszentren, imageprägenden Land-
109 schaften, starken ländlichen Kommunen und traditioneller Vielfalt.
110

111
112 **Unsere Ziele:**

- 113
114
- 115 • **Vermehrte Produktion klimafreundlicher, sicherer, verlässlicher und**
116 **sauberer erneuerbare Energien dezentral in der Heimat für die Heimat**
 - 117 • **Mehr Klimaschutz für ein klimaneutrales Bayern bis spätestens 2050**
 - 118 • **Ausbau der erneuerbaren Energieanlagen und Bewältigung der Energie-**
119 **wende gemeinsam mit den Bürgern, Kommunen und der Wirtschaft**
 - 120 • **Wertschöpfung in Bayern durch Investitionen in die Technologieführer-**
121 **schaft**
 - 122 • **Erhaltung der bayerischen Lebensqualität und unserer Umwelt für künf-**
tige Generationen

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40

Digitales Rathaus

Maßnahmen ausbauen, Innovation der Kommunen noch stärker fördern

Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern wünschen sich neue, unkomplizierte Wege, um ihre Verwaltungsvorgänge schnell und alltagstauglich abzuwickeln. Niemand möchte seine Urlaubstage dafür aufwenden, um Ämter aufzusuchen und seine Behördengänge dort zu erledigen. Der erste Schritt in die richtige Richtung wurde bereits getan. So wurde die Richtlinie zur Förderung der Bereitstellung von Online-Diensten im kommunalen Bereich (Förderrichtlinie digitales Rathaus – FöRdR) am 7. August 2019 im BayMBI. veröffentlicht. Seit Inkrafttreten der Richtlinie zum 1. Oktober 2019 läuft das Förderprogramm „Digitales Rathaus“. Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden sowie Gemeindeverbände im Freistaat Bayern können für die erstmalige Bereitstellung von Online-Diensten bis zu 20.000 Euro Förderung erhalten. Für alle Antragsteller steht der Förderhöchstbetrag unabhängig vom Zeitpunkt der Beantragung beim Vorliegen der Fördervoraussetzungen während der Laufzeit der Förderrichtlinie zur Verfügung. Außerdem fördert der Freistaat Bayern bereits das Basisseminar „Grundkurs Digitallotse“ der Bayerischen Verwaltungsschule und übernimmt 80 % der Seminargebühren für eine/n Mitarbeiter/in pro Gemeinde, pro Landkreis und pro Bezirk.

Um aber auch tatsächlich in der Praxis eine spürbare Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, sind weitere Maßnahmen in den nächsten Jahren anzugehen und vor allem unbürokratisch umzusetzen. Hierfür machen wir FREIEN WÄHLER uns stark!

1. Ausbau fokussieren

Sei es die Bestellung des Anwohnerparkausweises oder die Beantragung der Geburts- oder Eheurkunde: Immer mehr Anliegen können schon heute bequem von zu Hause erledigt werden. Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass künftig noch mehr Verwaltungsdienstleistungen online zugänglich sind. **Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass unter Beibehaltung der vorhandenen analogen Wege ein zusätzliches digitales Angebot aufgebaut wird – eine Online-Plattform für alle Verwaltungsdienstleistungen: sei es kommunal-, landes- oder bundesrelevant.** Das sind keine Visionen in weiter Ferne; daran soll in den nächsten drei Jahren intensiv gearbeitet und konkrete Ergebnisse in Zusammenarbeit mit den Kommunen erzielt werden. Für eine Umsetzung in der Praxis müssen Einzelprojekte in Angriff genommen werden. Hierzu gehört

41 auch die Fortführung des Ausbaus der Basisinfrastruktur sowie Strukturen für digitale
42 Modellbehörden und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

43

44 **2. Potenziale der Digitalisierung für Kommunen im ländlichen Raum voll** 45 **ausschöpfen**

46

47 **Wir FREIEN WÄHLER sehen in der Digitalisierung eine große Chance, den länd-**
48 **lichen Raum zu stärken, um gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen.** Im
49 ressortübergreifenden Projekt „Digitales Dorf Bayern“ werden deshalb in verschiede-
50 nen Pilotdörfern digitale Anwendungen für vornehmlich ländliche Kommunen entwi-
51 ckelt und getestet. Die Projekte beinhalten bereits eine Community interessierter Kom-
52 munen, die von den Erkenntnissen und Erfahrungen der Pilotgemeinden profitieren
53 möchten. Die Entwicklungs- und Erprobungsphasen laufen zwar noch. Perspektivisch
54 wollen wir uns aber bereits jetzt dafür einsetzen, die bayerischen Kommunen dabei zu
55 unterstützen, von gewonnenen Erkenntnissen und Anwendungen zu profitieren. Bei-
56 spiele sind Erweiterungen für das Digitale Rathaus im Probetrieb für Instandhal-
57 tungsaufgaben von Bauhöfen, zur Inklusion älterer Mitmenschen, zur Warenversor-
58 gung abgelegener Kommunen, zu Transport- und Mitnahmeplattformen oder zur bes-
59 serten Kommunikation zwischen Eltern und Schulen. Dabei sollte nicht nur auf eine
60 möglichst breite Verteilung der entwickelten technischen Lösungen in den bayerischen
61 Kommunen gesetzt werden. Erforderlich ist außerdem, die Menschen mitzunehmen
62 und ihnen eine Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, damit gemeinsam mit den Kommunen
63 bedarfsgerechte und nachhaltige digitale Anwendungen entstehen, die den Kommu-
64 nen sowie den Bürgerinnen und Bürgern einen echten Nutzen bringen.

65

66

67 **3. Inklusion fördern und demographischem Wandel Rechnung tragen**

68

69 Das digitale Rathaus ist zudem inklusiv. Es gewährleistet digitale Barrierefreiheit und
70 bietet auch für Personen mit Einschränkungen einen einfachen Zugang zu staatlichen
71 Leistungen. **Eine einfache und nachvollziehbare Sprache ist für uns FREIE WÄH-**
72 **LER deshalb obligatorisch.** Außerdem sollte das digitale Rathaus auch automati-
73 sierte Vorprüfungen ermöglichen (z.B. Bezugsberechtigung für eine Dienstleistung be-
74 vor ein Antrag gestellt wird) und Empfehlungen für weitere Dienstleistungen geben, die
75 im vorliegenden Kontext sinnvoll oder häufig verwendet werden.

76

77 **Wir FREIEN WÄHLER machen uns dafür stark, dass vor allem die bayerischen**
78 **Kommunen bei der Umsetzung unterstützt werden, damit Verwaltungsleistun-**
79 **gen noch bürgernäher und von allen Orten abrufbar und nutzbar sind.** Ziel muss
80 die Erarbeitung nutzerfreundlicher Online-Antragsverfahren sein, sei es der digitale
81 Bauantrag, Gewerbe- oder Taxischein. Als Pilotvorhaben sollen so beispielsweise ein

82 Standesamtsportal und ein Sozialportal für alle Kommunen aufgesetzt werden. Bürgerinnen und Bürger können diese Dienstleistungen dann über ein Servicekonto in Anspruch nehmen.

85
86
87

4. Anreize schaffen und Ziele setzen

88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106

Die aktuelle Förderkulisse ist ein Anfang, reicht aber noch lange nicht dafür aus, in absehbarer Zeit die Struktur eines digitalen Rathauses effizient auszubauen, welches sich sowohl für die Kommunen als auch für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort auszahlen soll. **Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Digitalisierung durch innovative Leuchtturmprojekte der Kommunen vor allem zur Steigerung der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger gewinnbringend zum Einsatz gebracht wird.** Hier haben die einzelnen Modellprojekte im Rahmen des Konzepts des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zum „Digitalen Dorf“ bereits erste Anknüpfungspunkte geschaffen. Von den innovativen Modellversuchen sollen im Nachgang alle Kommunen in Bayern profitieren können. Gefunden werden müssen innovative digitale Lösungen mit Modellcharakter, um Herausforderungen der Kommunen im Bereich Daseinsfürsorge/kommunale Dienste zu bewältigen. Der Fokus muss hier auf nachhaltigen Lösungen liegen, die sich in das Themenfeld „Digitales Rathaus“ einordnen lassen. Informations- und Kommunikationstechnologien müssen sinnvoll integriert und effizient genutzt werden. Dabei muss auf Transparenz und Bürgerbeteiligung gesetzt und vor allem ein deutlicher Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger in der Kommune geschaffen werden.

107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123

Mit dem Vorhaben der Staatsregierung „Digitales Dorf Bayern“ unter der Federführung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie werden die Chancen der Digitalisierung im ländlichen Raum bereits in mehreren Modellprojekten erprobt. Ziel ist es hier, zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Landesteilen digitale Anwendungen zu entwickeln, die den ländlichen Raum als lebenswerten Wohn- und Wirtschaftsraum erhalten und weiterentwickeln. **Es geht dabei um Digitalisierung zum Anfassen; die Menschen sollen in ihrem Alltag positive Erfahrungen mit der Digitalisierung sammeln.** Alle Modellprojekte des „Digitalen Dorfs Bayern“ verfolgen das Ziel, digitale Dienste für die Region bzw. die Gemeinden bereitzustellen. Dazu werden von den Gemeinden, unter wissenschaftlicher Begleitung und unter Einbezug der ortsansässigen Bevölkerung, jeweils eigene, regional angepasste Konzepte entwickelt. Die Handlungsfelder in den Digitalen Dörfern liegen z.B. in den Bereichen Nahversorgung, Wohnen, Lehr- und Bildungsangebote, Naturschutz, Tourismus, Mobilität, Energie und Gesundheit. **Um Synergien zu nutzen, soll die wissenschaftliche Expertise aus dem Vorhaben „Digitales Dorf Bayern“ in die Ausweitung von Modellversuchen in den Regionen als Grundlage dienen.**

124 **Unsere Ziele:**

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

- **Ausbau einer Online-Plattform für alle Verwaltungsdienstleistungen unter Beibehaltung der vorhandenen analogen Wege**
- **Nutzbarmachung der gewonnenen Erkenntnisse und Anwendungen aus dem Projekt „Digitales Dorf Bayern“ für die Kommunen zur Stärkung des ländlichen Raums**
- **Förderung der Barrierefreiheit durch einfache und nachvollziehbare Sprache, automatisierte Vorprüfungen und Empfehlungen für weitere Dienstleistungen**
- **Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung und bei der Erarbeitung nutzerfreundlicher Online-Antragsverfahren**
- **Voranbringung der Digitalisierung durch Förderung innovativer Leuchtturmprojekte der Kommunen**

Bürgerbeteiligung

Mehr Demokratie durch bessere Mitwirkungs- und Informationsmöglichkeiten

Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich zunehmend mit ihren Interessen bei gewählten Politikern nicht mehr ausreichend vertreten. **Für uns FREIE WÄHLER ist Bürgerbeteiligung deshalb nicht nur ein Schlagwort.** Wir wollen die Bürgergesellschaft insgesamt stärken und die Bürgernähe fördern. Durch eine Verbesserung der Gestaltungsmöglichkeiten wollen wir gegen die ansteigende Wählerfrustration und Politikverdrossenheit vorgehen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger umfassend einbezogen werden und Politik aktiv mitgestalten können.

1. Jugendbeteiligung auf Landesebene stärken

Politische Willensbildung heißt auch Mitverantwortung für politische Entscheidungen zu tragen. **Für uns FREIE WÄHLER ist es deshalb wichtig, dass bereits junge Menschen offensiv auf ihre zukünftige Rolle als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger vorbereitet werden.** So erwerben sie unter anderem bereits im Fachunterricht, über Klassensprecherwahlen und die Schülermitverantwortung Urteilsfähigkeit, Wissen und Kompetenzen zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Übernahme von Verantwortung in Schule, Gesellschaft und Staat. **Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Förderung weiterhin ausreichend Rechnung getragen wird.**

Stärkster Ausdruck politischen Teilhabe in einer Demokratie ist das Wahlrecht. **Die Senkung des aktiven Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre ist für uns FREIE WÄHLER deshalb ein Schritt mit starker Signalwirkung für junge Menschen.** Zur Stärkung der Jugendbeteiligung im demokratischen Prozess haben wir FREIEN WÄHLER unser Antragspaket „Jugendbeteiligung auf Landesebene“ (JuBeL) verabschiedet, durch welches Jugendliche besser in den politischen Beteiligungsprozess integriert werden sollen. Politische Willensbildung in jungen Jahren ist der Grundstein für lebendige Demokratie. Interesse an politischen Prozessen kann nur durch aktive Beteiligung gefördert werden.

40 ➤ **Absenkung des aktiven Wahlalters auf kommunaler Ebene**

41
42 Aktiv Politik mitzugestalten darf Jugendlichen nicht vorenthalten werden. Sie müssen
43 die Chance erhalten, sich in politische Entscheidungsprozesse einbringen zu können.
44 Das Recht der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen ist der unmittelbarste Aus-
45 druck demokratischer Willensbildung. Die Partizipation junger Menschen an politi-
46 schen Entscheidungen fördert das Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe in hohem
47 Maße. Es geht dabei darum, junge Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen
48 in die sie betreffenden Entscheidungsprozesse einzubeziehen, u. a. durch die Stär-
49 kung der Rechte von Kindern und Jugendlichen, eine kinder- und jugendfreundliche
50 Gesellschaft, die Berücksichtigung der Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen, die
51 Befähigung der jungen Menschen zur Selbstbestimmung und zu verantwortlichem
52 Handeln sowie die Anregung und Förderung ihres sozialen und bürgerschaftlichen En-
53 gagements. Verschiedene wissenschaftliche Studien sowie die Ergebnisse der Ju-
54 gend-Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ zeigen, dass die Jugendlichen mehr
55 politische Entscheidungskompetenzen fordern.

56
57 **Unser erklärtes Ziel ist es deshalb, dass bei Gemeinde- und Landkreiswahlen**
58 **junge Menschen aktiv wahlberechtigt sind, wenn sie am Wahltag das 16. Lebens-**
59 **jahr vollendet haben.** Mit dem Zugang zur Wahl wollen wir Jugendlichen deutlich sig-
60 nalisieren, dass ihre Stimme gehört werden soll. Gerade die junge Generation braucht
61 unter dem Eindruck des demographischen Wandels mehr Beteiligung. Die Öffnung der
62 Wahlberechtigung junger Menschen ab 16 Jahre bei Kommunalwahlen ist für uns der
63 erste Schritt in die richtige Richtung. Andere Bundesländer haben bereits gezeigt, dass
64 die Erfahrungen mit der Herabsetzung des Wahlalters auf kommunaler Ebene sehr
65 positiv sind.

66
67
68 ➤ **Maßnahmen zur Vorbereitung der Wahlalterabsenkung**

69
70 Um den Weg zu einem Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen zu ebnen, be-
71 darf es aus unserer Sicht einer gewissen Vorarbeit.

72
73 So verfolgen Jugendparlamente das Ziel, Jugendlichen eine Plattform für die Ausei-
74 nandersetzung mit aktuellen Themen der Politik zu geben und dabei ihre Ideen und
75 Forderungen zum Ausdruck zu bringen. **Für uns FREIE WÄHLER leisten Jugend-**
76 **parlamente deshalb einen entscheidenden Beitrag dazu, das politische Interesse**
77 **und Engagement von Jugendlichen zu wecken und zu fördern.** Jugendliche erhal-
78 ten einerseits einen Einblick in das politische Tagesgeschehen. Andererseits besteht
79 die Möglichkeit, sich im Rahmen von Optimierungskonzepten aktiv in den zuständigen
80 Gemeinden für jugendpolitische Angelegenheiten einzusetzen und dabei die Interes-
81 sen Gleichaltriger zu vertreten.

82

83 **Garant für eine gelingende kommunale Jugendpolitik sind für uns FREIE WÄH-**
84 **LER auch die Jugendbeauftragten**, die seit 2002 von nahezu allen Gemeinden in
85 Bayern benannt werden. Elemente der kommunalen Jugendpolitik umfassen das Si-
86 cherstellen von notwendigen Einrichtungs-, Mitarbeiter-, Beteiligungs- und Förder-
87 strukturen. Ferner besteht die Möglichkeit, individuelle Angebote der Gemeinde zu un-
88 terstützen und zu koordinieren. Jugendbeauftragte fungieren als Schnittstelle zwi-
89 schen Gemeinden, Vertreterinnen und Vertretern der Kinder- und Jugendarbeit sowie
90 den Kindern und Jugendlichen selbst. Sie leisten somit wichtige Beiträge und Impulse
91 zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in den Städten, Märkten und Gemein-
92 den. Die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen werden dadurch
93 entscheidend verbessert und unterstützen die Entwicklung von Verantwortungsbe-
94 wusstsein für und Identifikation mit der Gemeinde.

95

96

97 **2. Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene verbessern**

98

99 Mit Volksentscheid vom 01. Oktober 1995 wurde in Bayern eine stärkere Bürgerbetei-
100 ligung in Form des Bürgerbescheids verankert. Seit seiner Einführung wird von diesem
101 Instrument seitens der Bürgerinnen und Bürger rege Gebrauch gemacht. Denn gerade
102 von den Entscheidungen und Fragen vor Ort sind die Menschen in besonderer Weise
103 betroffen, weshalb sie auch aktiv mitwirken und mitentscheiden wollen. **Die Instru-**
104 **mente des Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids sind daher auch von heraus-**
105 **ragender Bedeutung auf kommunaler Ebene. Wir FREIEN WÄHLER wollen beide**
106 **Instrumente weiter stärken.**

107

108 **Wir setzen uns deshalb für eine Absenkung des Zustimmungsquorums bei Bür-**
109 **gerentscheiden ein.** So soll das Zustimmungsquorum bei Gemeinden bis 10.000 Ein-
110 wohnern bei 20 Prozent, in Gemeinden bis 50.000 Einwohnern bei 15 Prozent und in
111 Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern bei 10 Prozent liegen, um zu vermeiden,
112 dass Bürgerentscheide künftig an einem zu hohen Zustimmungsquorum scheitern.

113

114 **Zudem wollen wir die einjährige Bindungswirkung von Bürgerentscheiden auf**
115 **zwei Jahre verlängern.** Eine solche Verlängerung steht unserer Ansicht nach auch
116 nicht im Widerspruch zur bisherigen Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungs-
117 gerichtshofes, da er in seiner Entscheidung vom 29. August 1997 eine maßvolle Bin-
118 dungswirkung verbunden mit einem Zustimmungs- und Beteiligungsquorum für ver-
119 fassungsgemäß erachtet hat. Eine zweijährige Bindungswirkung, wie sie zum Teil
120 auch in anderen Bundesländern vorgesehen ist, verbunden mit obigem Quorum halten
121 wir für maßvoll im Sinne dieser Rechtsprechung, aber auch für wirkungsvoll, um zu
122 vermeiden, dass die bisherige, sehr kurze Bindungswirkung einfach abgewartet und
123 so die Umsetzung des Bürgerentscheids umgangen wird.

124

125 **Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass die vertretungsberechtigten Perso-**
126 **nen des Bürgerbegehrens ohne Vorverfahren auch nach der Durchführung des**
127 **Bürgerentscheids zur Durchsetzung des Bürgerwillens Klage erheben können.**

128 Bislang können die vertretungsberechtigten Personen des Bürgerbegehrens nur ge-
129 gegen die Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens Klage erheben. Es
130 besteht aber derzeit keine Möglichkeit, zur Umsetzung des Bürgerentscheids Rechts-
131 schutzmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Diese unbefriedigende Situation wollen
132 wir mit der Einführung einer entsprechenden Klagemöglichkeit ändern und die hier in
133 Bayern offensichtlich bestehende Gesetzeslücke schließen.

134

135

136 **3. Direkte Demokratie stärken und weiter ausbauen**

137

138 **➤ Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen**

139 Nach Art. 20 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) wird alle Staatsgewalt vom Volke
140 in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der
141 vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Während Wahlen den Re-
142 gelfall bilden, sieht das Grundgesetz Abstimmungen nur in Ausnahmefällen vor. Di-
143 rektdemokratische Elemente auf Bundesebene sind damit Mangelware. Allerdings hat
144 sich in den letzten Jahren der politische Handlungsbedarf stark von regionalen und
145 nationalen Fragen auf europäische und globale Fragen verlagert. Dieser Entwicklung
146 muss auch die Demokratie in Deutschland und Europa Rechnung tragen. Viele Bür-
147 gerinnen und Bürger fühlen sich zunehmend politisch übergangen und fordern deswe-
148 gen das Recht, über weittragende Veränderungen in Deutschland und Europa direkt
149 mitzubestimmen. Volksentscheide haben in Bayern Tradition und sie haben sich auch
150 bestens bewährt. **Wir wollen deshalb auch auf Bundesebene Volksentscheide zu**
151 **nationalen und europäischen Fragen einführen.** Denn wir glauben, dass bundes-
152 weite Volksentscheide ein effizientes Mittel gegen wachsende Politikverdrossenheit
153 sind. Bürgerinnen und Bürger können auf diese Weise aktiv mitbestimmen und an po-
154 litischen Prozessen auch auf Bundesebene teilhaben.

155

156

157 **➤ Durchführung von Volksbegehren auf Landesebene erleichtern**

158 Direktdemokratische Elemente haben in Bayern eine lange Tradition. Volksbegehren
159 und Volksentscheide haben nicht nur zu einer Stärkung der Bürgergesellschaft beige-
160 tragen. Sie sind auch Elemente, um Bürgernähe zu fördern. Auch wenn sich die di-
161 rektdemokratischen Elemente Volksbegehren und Volksentscheid in den letzten Jah-
162 ren bewährt haben, so bestehen nach wie vor bestimmte Hürden, die in Bayern die
163 Volksgesetzgebung unnötig erschweren.

164
165 **Deshalb wollen wir das derzeit bestehende Unterschriftenquorum des Volksbe-**
166 **gehrens von 10 Prozent der Stimmberechtigten auf 8 Prozent senken.** Auch hin-
167 sichtlich der **Eintragung wollen wir Verbesserungen erreichen.** So setzen wir uns
168 dafür ein, dass die Eintragsfrist in die Eintragungslisten von 14 Tagen auf vier Wo-
169 chen verlängert wird. Zudem soll künftig auch für Personen, die sich während der Ein-
170 tragsfrist außerhalb von Bayern aufhalten, die briefliche Eintragung ermöglicht wer-
171 den. In Zeiten fortschreitender Digitalisierung machen wir uns auch für eine Online-
172 Eintragung bei Volksbegehren stark.

173

174

175

➤ **Einführung von Volksinitiativen**

176 **Mit der Volksinitiative wollen wir FREIEN WÄHLER ein neues Instrument der Bür-**
177 **gerbeteiligung in Bayern einführen.** Die Bürgerinnen und Bürger sollen auf diese
178 Weise die Möglichkeit haben, eine Sachfrage direkt initiativ in den Bayerischen Land-
179 tag einzubringen, der sich zwingend damit befassen und darüber abstimmen muss.
180 Dieses Instrument zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es eine unverbindliche
181 Anregung der Bürgerinnen und Bürger darstellt und diese letztlich nicht in einem Volks-
182 entscheid über dessen Annahme oder Ablehnung abstimmen müssen. Die Volksiniti-
183 ative wird bereits in elf Bundesländern praktiziert. Finanzwirksame Volksinitiativen sol-
184 len dabei ausdrücklich zulässig sein.

185

186

Unsere Ziele:

188

189 • **Mittelfristige Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Wahlen**
190 **auf der kommunalen Ebene**

191 • **Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene unter ande-**
192 **rem durch eine Absenkung des Zustimmungsquorums, die Verlängerung**
193 **der einjährigen Bindungswirkung des Bürgerentscheids auf zwei Jahre**
194 **und einen gerichtlichen Durchsetzungsanspruch für die Initiatoren des**
195 **Bürgerentscheids**

196 • **Ermöglichung bundesweiter Volksentscheide zu nationalen und europäi-**
197 **schen Fragen**

198 • **Abschaffung unnötiger Hürden bei Volksbegehren und Volksentscheid**

199 • **Einführung von Volksinitiativen zur Einbringung von Sachfragen in den**
200 **Bayerischen Landtag**